

Gefahrenabwehrrecht

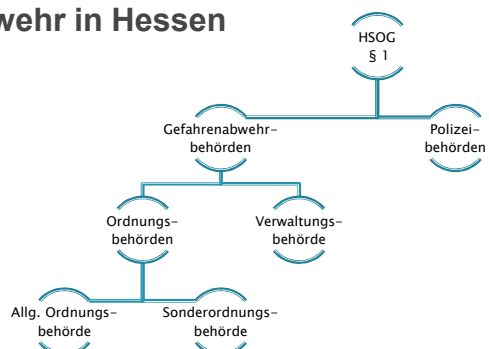
B IV-Lehrgang

Gliederung

- Zuständigkeiten in der Gefahrenabwehr in Hessen
- Begriffsdefinition
- Verantwortlichkeiten/Adressatenauswahl
- Befugnisse nach dem HSOG und HBKG

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 2

Zuständigkeiten in der Gefahrenabwehr in Hessen



S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 3

Zuständigkeiten in der Gefahrenabwehr in Hessen

- Subsidiarität
- Eilfall
- Erstbefassung
- Zusammenarbeits- und Informationspflicht

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 4

Begriffsdefinition

Öffentliche Sicherheit

...die Unverletzlichkeit der Rechtsordnung, der subjektiven Rechte und Rechtsgüter sowie des Bestandes, der Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates oder sonstiger Träger der Hoheitsgewalt

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 5

Begriffsdefinition

Öffentliche Ordnung

...die Gesamtheit der im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung liegenden ungeschriebenen Regeln für das Verhalten des Einzelnen in der Öffentlichkeit, deren Beachtung nach den jeweils herrschenden Anschauungen als unerlässliche Voraussetzung eines geordneten staatsbürgerlichen Zusammenlebens betrachtet wird

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 6

Begriffsdefinition

Gefahr

...ist gegeben, wenn Tatsachen vorliegen, die bei ungehindertem Geschehensablauf mit hinreichender Wahrscheinlichkeit in absehbarer Zeit zu einem nicht nur völlig belanglosen Schaden an einem Schutzgut der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung führen.

(OVG Münster NJW 2006, 1450, 1451)

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 7

Begriffsdefinition

Gefahr

- Konkrete/gegenwärtige Gefahr
- Abstrakte Gefahr (Gefahrenabwehrverordnung)
- Erhebliche Gefahr
- Anscheins-/Putativgefahr
- Gefahrenverdacht

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 8

Verantwortlichkeit/Adressat

Verhaltensstörer (§ 6 HSOG)

...ist derjenige, der die Gefahr selbst unmittelbar verursacht hat.

Zustandsstörer (§ 7 HSOG)

...ist derjenige, der die tatsächliche Gewalt über die gefahrenverursachende Sache hat. Die Maßnahmen können auch gegen den Eigentümer der Sache gerichtet werden.

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 9

Verantwortlichkeit/Adressat

Nichtstörer (§ 9 HSOG)

- Für die Inanspruchnahme nicht verantwortlicher Personen müssen alle Voraussetzungen des § 9 Abs. 1 Nr. 1-4 HSOG erfüllt sein.
- Insbesondere muss eine erhebliche Gegenwärtige Gefahr abzuwehren sein

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 10

Befugnisse nach dem HSOG

- § 11 HSOG Allgemeinbefugnisse
- § 18 Identitätsfeststellung und Prüfung von Berechtigungsscheinen
- § 29 Auskunft und Unterrichtung
- § 31 Platzverweisung
- § 32 Gewahrsam
- § 36 Durchsuchung und Untersuchung von Personen
- § 37 Durchsuchung von Sachen
- § 40 Sicherstellung
-

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 11

Befugnisse nach dem HBKG

- § 21 HBKG (Gesamteinsatzleitung)
 - pflichtgemäßes Ermessen
 - zur Gefahrenabwehr notwendige Maßnahmen
 - Maßnahmen der Fachbehörden sollen berücksichtigt werden
- § 42 HBKG (Technische Einsatzleitung)
 - den gesamten Einsatz d. Feuerwehr und Hilfskräfte regeln
 - erforderliche Einsatzmaßnahmen zu treffen
 - notwendige Sicherungsmaßnahmen zu treffen, um ungehindert tätig werden zu können, sofern dies nicht durch andere Behörden/Polizei erfolgt

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 12

Handlungsmöglichkeiten zur Gefahrenabwehr

B IV-Lehrgang

Ausgangslage

Brand eines Wohn- und Geschäftshauses in Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 100. Das Gebäude besteht aus Keller, einer Geschäftsetage und drei Wohnetagen mit insgesamt 6 Wohneinheiten.

1. *Die anwesende Funkwagenbesatzung der POL sperrt die Friedrich-Ebert-Straße nicht ab, obwohl die Einsatzleitung der der Feuerwehr dies für erforderlich hält.*

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 14

Zusammenarbeit mit der Polizei am Einsatzort

Frage: Wer hat die Anordnungsbefugnis im Falle gemeinsamer Aufgabenerfüllung, z.B. wenn verkehrsrechtliche Maßnahmen getroffen werden sollen?

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 15

Zusammenarbeit mit der Polizei am Einsatzort

Aufgabe der Feuerwehr ist...

➤ **Drohende Gefahren für**

- **Leben, Gesundheit, Umwelt und Sachen**

...hervorgerufen durch Brände, Explosionen, andere Notlagen und schadenbringende Naturereignisse

abzuwehren!

(§ 6 HBKG)

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 16

Zusammenarbeit mit der Polizei am Einsatzort

Aufgabe der Polizei ist...

➤ **konkrete Gefahren für**

- **alle Rechtsgüter** (auch *Leben, Gesundheit, Sachen und Umwelt*)

abzuwehren!

(§ 1 HSOG)

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 17

Zusammenarbeit mit der Polizei am Einsatzort

Fazit:

- Ein Brand (z.B. Wohnhaus, Wald, Heide, PKW, etc.) ist eine solche Gefahr!

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 18

Zusammenarbeit mit der Polizei am Einsatzort

Befugnisse Sicherungsmaßnahmen zu treffen, um an der Einsatzstelle ungehindert tätig werden zu können ergeben sich für die Feuerwehr aus:

1. § 41 HBKG (Technische Einsatzleitung)
2. § 42 Abs. II HBKG (Befugnisse der Techn. Einsatzleitung) → umfasst auch die Sperrung der Straße, welche unmittelbar zum Schadenort führt

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 19

Zusammenarbeit mit der Polizei am Einsatzort

Die Polizei hat die Aufgabe zu verhindern, dass durch das Ereignis (Brand) noch weitere (vermeidbare) Schäden entstehen und anderen Hilfskräfte/Feuerwehr den Einsatzraum freizuhalten.

Diese Aufgabe ergibt sich aus:

§§ 1 HSOG und ggf. 44 Abs. II StVO

Dazu kann die Polizei:

- Platzverweise (§ 31 HSOG) aussprechen
- Gewahrsamnahme (§ 32 HSOG) durchführen
- Verkehrsrechtl. Maßnahmen (§ 44 StVO) durchführen

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 20

Zusammenarbeit mit der Polizei am Einsatzort

Fazit:

- Für die Polizei besteht damit ein eigener Auftrag!
(Die Sperrung der Straße durch die Feuerwehr ist damit nur subsidiär möglich)
- § 42 Abs. II Satz 2 HBKG verpflichtet die Polizei (und andere Stellen) zur Zusammenarbeit
- Trifft die Polizei Maßnahmen zur Sperrung der Straße, bleibt die Verantwortung auch bei der Polizei
- Weigern sich die Polizeibeamten zur Sperrung und kommt es zum Schadenfall, so trägt die Polizei wegen des eigenen Auftrags, als auch wegen der Verpflichtung zur Zusammenarbeit die Verantwortung

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 21

Ausgangslage

Brand eines Wohn- und Geschäftshauses in Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 100. Das Gebäude besteht aus Keller, einer Geschäftsetage und drei Wohnetagen mit insgesamt 6 Wohneinheiten.

2. Ein verzweifelter Familienvater durchbricht die Abspernung und will seine Kinder retten. Ein Feuerwehrangehöriger hält ihn mit Gewalt fest. Dabei wird der Familienvater verletzt.

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 22

Zusammenarbeit mit der Polizei am Einsatzort

Frage: Darf die Feuerwehr mit Gewalt gegen Personen vorgehen, welche die Abspernung nicht beachten?

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 23

Zusammenarbeit mit der Polizei am Einsatzort

Nach § 6 HBKG ergibt sich für die Feuerwehr auch die Aufgabe, erforderliche Maßnahmen zu treffen um einzelne Personen vor drohenden Gefahren am Brandort zu schützen.

Dazu gehört...

...Personen vom Brandort fern zu halten
(Abspermaßnahmen gem. § 42 Abs. II HBKG)

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 24

Zusammenarbeit mit der Polizei am Einsatzort

Durchbricht eine Person die Absperrung oder befolgt die Anordnung sich zu entfernen nicht, ist dies eine Ordnungswidrigkeit im Sinne des § 65 Abs. 1 Ziff. 5 HBKG!

Der Feuerwehrangehörige verletzt den Familienvater und begeht damit eine Straftat nach § 223 StGB! Diese Straftat wird mit Freiheitsstrafe oder Geldstrafe geahndet!

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 25

Zusammenarbeit mit der Polizei am Einsatzort

Frage: Ist die Gewaltanwendung eine erforderliche Maßnahme im Sinne des HBKG?

Gewaltanwendung im HBKG ist nicht vorgesehen und wird im § 52 HSOG als „unmittelbarer Zwang“ definiert! Im HSOG sind auch die Behörden genannt, die unmittelbaren Zwang ausüben dürfen – die Feuerwehr als gemeindliche Einrichtung zählt nicht hierzu! Vielmehr Polizeibehörden und Vollzugsdienste.

Fazit: Die Feuerwehr darf demnach keinen unmittelbaren Zwang anwenden!

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 26

Zusammenarbeit mit der Polizei am Einsatzort

Die Verletzung des Familienvaters könnte aber **gerechtfertigt** sein!

Man spricht hier vom rechtfertigenden Notstand im Sinne des § 34 StGB i.V.m. § 16 OWiG

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 27

Ausgangslage

Brand eines Wohn- und Geschäftshauses in Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 100. Das Gebäude besteht aus Keller, einer Geschäftsetage und drei Wohnetagen mit insgesamt 6 Wohneinheiten.

3. Der Brand ist gelöscht. Ein Ermittler der Kriminalpolizei will das Objekt zwecks Ermittlungsarbeiten betreten. Obwohl ihm der Einsatzleiter über die konkrete Einsturzgefahr informiert, betritt der Brandermittler das Haus.

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 28

Zusammenarbeit mit der Polizei am Einsatzort

Frage: Darf die Feuerwehr in Erfüllung eigener Aufgaben Maßnahmen gegen andere Behörden treffen?

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 29

Zusammenarbeit mit der Polizei am Einsatzort

Hier treffen zwei Aufgabenbereiche aufeinander:

1. Gefahrenabwehr der Feuerwehr (§ 6 HBKG)
2. Strafverfolgungspflicht der Polizei (§ 163 StPO)

Problem:

Möglicherweise werden durch die Sicherungsmaßnahmen Spuren vernichtet, andererseits besteht konkrete Lebensgefahr

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 30

Zusammenarbeit mit der Polizei am Einsatzort

Problem:

Möglicherweise werden durch die Sicherungsmaßnahmen Spuren vernichtet, andererseits besteht konkrete Lebensgefahr

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 31

Zusammenarbeit mit der Polizei am Einsatzort

Lösung:

1. Staatliche Maßnahmen dürfen sich nicht gegen Behördenbedienstete in Ausübung ihrer hoheitlichen Befugnisse richten.
2. Wenn Aufgaben kollidieren muss man sich im Sinne des Art. 34 GG (Zusammenarbeitspflicht der Behörden) abstimmen.
3. Es besteht die Hinweispflicht der Feuerwehr, aber keine Befugnis, den Brandermittler in seinen Aufgaben zu behindern

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 32

Ausgangslage

Brand eines Wohn- und Geschäftshauses in Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 100. Das Gebäude besteht aus Keller, einer Geschäftsetage und drei Wohnetagen mit insgesamt 6 Wohneinheiten.

4. Gerade als die Feuerwehr eintrifft, läuft eine männliche Person aus dem Haus und versucht zu fliehen. Der Feuerwehrangehörige hält den Mann fest, weil er ihn für den Brandstifter hält.

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 33

Zusammenarbeit mit der Polizei am Einsatzort

Frage: Darf der Feuerwehrangehörige Personen am Brandort bis zum Eintreffen der Polizei festhalten?

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 34

Zusammenarbeit mit der Polizei am Einsatzort

Lösung:

1. Die Feuerwehr hat keinen gesetzlichen Auftrag zur Strafverfolgung (Festnahme, Feststellung von Zeugen oder Beteiligten)
2. Festhalten = Eingriff in das Grundrecht „Freiheit“ (Gem. Art. 104 GG und Art. 19 HV ist die Entscheidung über den Freiheitsentzug dem Richter vorbehalten)
3. Grundrechtseingriff wäre durch StPO möglich!

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 35

Zusammenarbeit mit der Polizei am Einsatzort

Lösung:

4. Der Feuerwehrangehörige könnte die „vorläufige Festnahme“ durch „Jedermann“ gem. § 127 Abs. 1 StPO in Anspruch nehmen
...dazu muss die Person aber auf **frischer Tat betroffen** oder **verfolgt** werden und der **Flucht** verdächtig sein!
5. Fazit: der Feuerwehrangehörige darf den Fliehenden am Brandort festhalten und der Polizei übergeben.

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 36

Amtshilfe für die Polizei

Amtshilfe (§ 4 Abs. I HVwVfG)

- ist ergänzende Hilfe für eine (andere) Behörde
- auf deren Ersuchen hin
- im Einzelfall
- die ersuchende Behörde muss hilfsbedürftig sein (Erforderlichkeit)
- die ersuchte Behörde muss leistungsfähig sein

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 37

Amtshilfe für die Polizei

Amtshilfe liegt nicht vor (§ 4 Abs. II HVwVfG)

- Bei bestehendem Weisungsverhältnis (Hierarchie)
- Bei Erfüllung der eigenen Aufgabe (der ersuchten Behörde)

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 38

Amtshilfe für die Polizei

Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe (§ 5 HVwVfG) [1/2]

Eine Behörde kann insbesondere um Amtshilfe ersuchen, wenn sie

- Aus rechtlichen Gründen die Amtshandlung nicht selbst durchführen kann
- Aus tatsächlichen Gründen die Amtshandlung nicht durchführen kann, weil z.B. die erforderlichen Kräfte und Einrichtungen fehlen
- Nicht über die notwendigen Informationen verfügt und sie auch nicht selbst ermitteln kann
- Selbst wesentlich größeren Aufwand betreiben muss, als die ersuchte Behörde

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 39

Amtshilfe für die Polizei

Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe (§ 5 HVwVfG) [2/2]

Amtshilfe braucht nicht geleistet zu werden, wenn

- Eine andere Behörde die Hilfe wesentlich einfacher oder mit wesentlich geringerem Aufwand leisten kann
- Sie die Hilfe nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand leisten könnte
- Sie ihre eigenen Aufgaben ernstlich gefährden würde

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 40

Amtshilfe für die Polizei

Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe (§ 5 HVwVfG) [2/2]

Amtshilfe darf nicht geleistet werden, wenn

- Sie aus rechtlichen Gründen dazu nicht in der Lage ist
- ...

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 41

Ausgangslage Amtshilfe 1

Aufgrund des ständigen Wechsels zwischen Tauwetter und Frost froren die Dachrinnen zu.

An einem Wohnhaus, drei Obergeschosse, bildeten sich an der Dachkante ca. 1 Meter lange Eiszapfen, drohen abzubrechen und auf dem Gehweg Passanten zu verletzen.

Von der Funkwagenbesatzung der Polizei ist eine verantwortliche Person nicht erreicht worden. Die Polizei verständigt die Feuerwehr.

Muss die Feuerwehr die Eiszapfen beseitigen?

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 42

Ausgangslage Amtshilfe 2

Vor der Wohnungstür einer alleinstehenden Hausbewohnerin stapeln sich die Verpflegungsportionen von „Essen auf Rädern“. Eine Nachbarin hat die Polizei verständigt. Aus der Wohnung dringt leises Wimmern. Weil die massive Wohnungstür von der Polizei nicht gewaltsam geöffnet werden kann, ein Eindringen durch ein Fenster im 3. OG ohne Hilfsmittel nicht möglich ist, verständigt die Polizei die Feuerwehr.

Muss die Feuerwehr der Polizei ein Einsatzfahrzeug mit Personal zur Verfügung stellen, damit durch ein Fenster schnell eingedrungen werden kann?

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 43

Ausgangslage Amtshilfe 3

In einem hohen Baum sitzt ein Papagei und schreit. Die Anwohner verlangen von der Polizei, dass der Papagei eingefangen wird. Die Polizei verständigt die Feuerwehr.

Muss die Feuerwehr den Papagei einfangen?

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 44

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit

S. Mazassek | Stand: 12/2017 | Folie-Nr. 45
